

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0302  
14.03.2007

### Tiefensee-Gesetzentwurf: Kniefall vor Mehdorn

Zu dem vorab an die Öffentlichkeit gelangten Gesetzentwurf des Verkehrsministeriums zur Teilprivatisierung der DB AG erklären **Fritz Kuhn**, Fraktionsvorsitzender, und **Winfried Hermann**, verkehrspolitischer Sprecher:

Das vorliegende Gesetz ist ein Skandal. Es schadet dem Schienenverkehr und dem Wettbewerb und fördert allein die Bahnprivatisierung nach Mehdorns Vorstellungen. Es entspricht in keiner Weise den von Union und SPD vereinbarten Eckpunkten, sondern ist eine verschärfte Version des Eigentumssicherungsmodells. Das ist der integrierte Börsengang mit Netz, der von einer Mehrheit im Parlament abgelehnt wird.

Die Rechte des Bundes am Netz sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt werden. Fast alle Forderungen, die Bahnchef Mehdorn in seinem Brief vom 24. Januar an Verkehrsminister Tiefensee zu Gunsten der DB AG forderte, werden umgesetzt. De facto gibt der Bund seine Eigentumsrechte (Verzicht auf Stimmrechte zugunsten der DB AG) an der Infrastruktur auf und damit für die nächsten 15 bis 25 Jahre jeden wirtschaftlichen Nutzen aus seinem Eigentum. Von Teilprivatisierung ist keine Rede. Gleichzeitig werden die DB AG und ihre künftigen Investoren kräftig aus dem Säckel der Steuerzahler bedient. Die DB AG erhält mindestens 37,5 Milliarden Euro als festen Zuschuss vom Bund für die Instandhaltung und den Ausbau des Netzes. Eine politisch steuernde Einflussmöglichkeit, die üblicherweise ein Mehrheitseigener und Großsponsor hat, fehlt. Wer diesem Gesetz zustimmt, der kann schon heute Geld sammeln gehen, um ein heruntergewirtschaftetes Netz in 15 Jahren für Milliarden Euro von der Bahn zurückzukaufen.

Der vorliegende Entwurf schadet dem Schienenverkehr. Er muss aber angesichts der Klimakatastrophe dringend verbessert werden. Die DB AG wird sich aus der Fläche zurückziehen. Nur noch 20 Prozent der Investitionsmittel sollen für die Nahverkehrsinfrastruktur ausgegeben werden, obwohl der überwiegende Anteil des Verkehrs dort stattfindet. Zudem haben Wettbewerber der Bahn schlechte Karten. Die Deutsche Bahn wird als faktischer Eigentümer das Netz an ihren Interessen ausrichten.

Das Tiefensee-Gesetz ist die verfassungswidrige Umsetzung der Wünsche des Bahnchefs und trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. Wir haben bereits beantragt, in einer Anhörung des Verkehrsausschusses die Verfassungskonformität des Gesetzentwurfs zu überprüfen. Verkehrsminister Tiefensee will offenbar aus der Kritik der Fachleute und Verfassungsrechtler nichts lernen. Stur wird am von Anfang an geplanten integrierten Börsengang à la Mehdorn festgehalten. Offenbar steuert nicht das Bundesministerium die Deutsche Bahn AG und den Börsengang, sondern die DB lässt sich den Börsengang wunschgemäß arrangieren. Was Tiefensee hier produziert, ist ein Kniefall vor Mehdorn, der die Bahnpolitik aufs Abstellgleis führt.